

AfD ist „eine Gefahr“

Biebertaler Genossen wollen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen

BIEBERTAL (Ija). „Nicht einfach zur Tagesordnung übergehen“ wollen die Biebertaler Sozialdemokraten, schließlich schnitt die AfD auch in ihrer Gemeinde bei den letzten Wahlen stark ab. „Stellung beziehen“ müsse die SPD, wie der Fraktionsvorsitzende in der örtlichen Gemeindevertretung Thomas Prochazka betonte. Die AfD sei „eine Gefahr für Demokratie und Freiheit“.

Unter Moderation von Wolfgang Balser veranstalteten die Genossen daher eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Rechtspopulismus im Bieberer Bürgerhaus.

Als Referentin war Dr. Alexandra Kurth, Politikwissenschaftlerin an der Justus-Liebig-Universität Gießen, geladen.

In ihrer Einführung ging Kurth auf die schwierige Definition des Begriffs Rechtspopulismus ein. Auf jeden Fall könne man als Merkmale unter anderem einen eingeschränkten Volksbegriff, eine Anti-Establishment und anti-elitäre Einstellung, starke Vereinfachungen und Zuspitzungen oder Personalisierung nennen. Ursachen des erstarkenden Rechtspopulismus könne man in drei Kategorien aufteilen: Eine ökonomische Dimension mit Verwer-

fungen im Zuge der Globalisierung, eine politische Dimension durch Probleme im Zuge der



Alexandra Kurth

Euro- oder Flüchtlingskrise sowie eine kulturelle Dimension, die vor allem Identitätsfragen enthält. Auch Medien hätten durch ihren Hang zur Zuspitzung und Dramatisierung zum Aufstieg der AfD beigetragen.

Auseinandersetzung

Eine kurzfristige Lösung der Problematik sei kaum möglich. Neben der mehrheitsfähigen Lösung politischer Probleme auf allen Ebenen sieht Kurth auch eine Möglichkeit in der Verbesserung der politischen Bildung. Inhaltliche Auseinandersetzung mit den Populisten müsse auch stattfinden, allerdings vorrangig um Dritte von den eigenen Positionen zu überzeugen. Außerdem müsse man alle rechtsstaatlichen Mittel wie Anzeigen oder Ab-

wahlen einsetzen, um Straftaten wie Beleidigungen zu begegnen.

Nicht nachhaltig

„Angst und Bange“ wird den anwesenden Genossen angesichts einer derart starken AfD. Die Besucher der Veranstaltung beteiligten sich auch intensiv an der inhaltlichen Diskussion. So stieß bei einigen bereits der Begriff Rechtspopulismus auf Ablehnung, da er lediglich eine Verniedlichung faschistischer Ideen verursache. Kurth warnte allerdings davor, die AfD als Ganzes als faschistische Partei zu bezeichnen. Dies sei aus wissenschaftlicher Sicht falsch, da historische Bezüge zum Nationalsozialismus oder eine Organisation nach dem Führerprinzip fehlen. Passender sei der Begriff rechtsextrem. Auch für den praktischen Umgang mit Aktionen der AfD oder Kommentaren in den sozialen Netzwerken hatte Kurth Ratschläge. Anträge der AfD könne man prinzipiell ablehnen, da deren Ziel ohnehin keine nachhaltige Politik sei. In Diskussionen müsse man stets sachlich bleiben. Viele Populisten könne man ohnehin nicht überzeugen

Foto: I. Jahn